

Parlament/Nationalrat/Entwicklungshilfe

Nationalrat beschloss Ausgliederung der Entwicklungshilfe

Utl.: SPÖ und Grüne stimmten gegen Agentur ADA =

Wien (APA) - Die österreichische Entwicklungshilfe wird ab 1. Jänner 2004 von der ausgegliederten "Österreichischen Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit - Austrian Development Agency", kurz ADA, abgewickelt. Die gesetzliche Grundlage dafür haben ÖVP und FPÖ am Mittwoch im Nationalrat beschlossen. SPÖ und Grüne waren zwar nicht grundsätzlich gegen die Umstrukturierung in eine Agentur, sahen aber viele Mängel in der konkret gewählten Form.

Aus Sicht von SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr wird die neue Agentur "ein Mehr an Bürokratie, Kosten, schwarz-blauem Postenschacher" - und weniger Transparenz, parlamentarische Kontrolle und Mitsprache bringen. Die Grüne Abgeordnete Ulrike Lunacek bezweifelt sehr, dass die Ausgliederung die von der Regierung immer betonte Effizienzsteigerung bringen werde. Auch der Rechnungshof habe diesbezügliche Zweifel angemeldet, betonte sie.

Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (V) wies alle Zweifel zurück: "Es ist ein guter Tag für mich und die Entwicklungszusammenarbeit heute", sagte sie. Die Ausgliederung sei "sehr wichtig". In einer ausgegliederten Agentur könnte die EZA effizienter umgesetzt werden, "noch dazu wo man jetzt in den gesamten Konsolidierungsbedarf eingebunden ist und den Stellenplan erfüllt wird". Um die geplanten erhöhten EZA-Mittel - bis 2006 sollen es 0,33 Prozent des BIP werden - effizient zu verwalten, habe man ausgliedern müssen.

Dass die Mittel tatsächlich in diesem Ausmaß erhöht werden, bezweifelte die Opposition ebenfalls. "Solche Lippenbekenntnisse hatten wir des Öfteren", meinte Lunacek. Für 2005 und 2006 seien für die 0,33 Prozent jeweils mindestens 100 Millionen Euro mehr nötig. "Das schaue ich mir an, wie die Regierung das tatsächlich umsetzt." Erst wenn sie in einem langfristigen Finanzplan fixiert sind, werde man das glauben, merkte Bayr an.

Auch FPÖ-Abgeordneter Herbert Scheibner ist überzeugt, dass man in einer ausgegliederten Institution flexibler arbeiten könne. Vermutlich werde man "Manches rascher umsetzen können, als es eine öffentliche Institution tun könnte".
(Schluss) dru/mp

APA0737 2003-07-09/20:52

092052 Jul 03